

Zukunft des Sozialstaats

Beschluss

LEHREN AUS DER KRISE: AUF DEN SOZIALSTAAT KOMMT ES AN

SPD-Bundestagsfraktion
4. September 2020

SPD Soziale
Politik für
Dich.

LEHREN AUS DER KRISE: AUF DEN SOZIALSTAAT KOMMT ES AN

Die Welt verändert sich und damit unsere Arbeit, unser Leben und unsere Wirtschaft. Der Klimawandel, die Digitalisierung, der technologische und demographische Wandel sind überall zu spüren. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung beschleunigt, in vielen Bereichen auch verschärft. Zugleich deckt die Krise schonungslos Stärken und Schwächen auf und macht Ungerechtigkeiten deutlich. Corona als Brennglas ist ein oft zitiertes und zutreffendes Bild.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, dafür zu sorgen, dass alle gut durch diese Zeit des Wandels kommen. In den vergangenen Monaten haben wir bereits wichtige arbeits-, sozial-, familien- und gesundheitspolitische Weichenstellungen vorgenommen: Mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Arbeit-von-morgen-Gesetz haben wir unsere Arbeitsmarkt-Instrumente schon früh auf Beschäftigung und Sicherheit für alle ausgerichtet. Das Starke-Familien-Gesetz und das Gute-KiTa-Gesetz haben Familien gestärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bildungschancen für unsere Kinder verbessert. Und mit der Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung haben wir für mehr Beitragsgerechtigkeit gesorgt.

GARANT FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND DEN SCHUTZ UNSERER ARBEITSPLÄTZE

Auch in der Corona-Krise hat sich gezeigt: Die SPD ist Garant für soziale Sicherheit und den Schutz unserer Arbeitsplätze. Mit dem erweiterten und erhöhten Kurzarbeitergeld retten wir Millionen von Jobs und bauen damit eine Brücke über die Krise. Gleichzeitig fördern wir auch die Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kurzarbeit. Überbrückungshilfen und Kreditprogramme stabilisieren Unternehmen und sichern ebenso Arbeitsplätze. Überbrückungshilfen und das Kurzarbeitergeld kamen in dieser Krise hauptsächlich Branchen zugute, in denen Frauen tätig sind. Und mit den Prämien für Lehrstellen erhalten wir Ausbildungsplätze in den Betrieben.

Zugleich haben wir in der Krise den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestärkt: Wir unterstützen Familien mit dem Kinderbonus in Höhe von 300 Euro. Mit dem ausgeweiteten Digitalpakt werden digitale Endgeräte für Kinder und Jugendliche bereitgestellt. Und der schnellere und unbürokratische Zugang zur Grundsicherung und zum Kinderzuschlag sorgt dafür, dass niemand aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Krise in existenzielle Not gerät. Zudem sichern wir soziale Träger, Einrichtungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, der Behindertenhilfe und Sozialunternehmen.

Auch unser Gesundheitssystem hat in der Krise gezeigt, was es kann. Besser als die meisten Länder auf der Welt haben wir es bisher geschafft, die Ausbreitung des Virus' zu verlangsamen und so eine Überforderung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Gleichzeitig haben die Beschäftigten in der Pflege, Ärztinnen und Ärzte, Pflegeheime und Krankenhäuser und viele andere schnell und flexibel die Maßnahmen unterstützt, die Bund und Länder im Rahmen der Krisenbewältigung ergriffen haben. Mit den Schutzschirmen für Therapeuten, Pflegeeinrichtungen, Rehakliniken, Krankenhäuser, Ärzte und Zahnärzte stellen wir sicher, dass auch nach der Corona-Krise unsere gesundheitliche Infrastruktur gut funktioniert. Dennoch

können wir viel aus den Erfahrungen lernen, die wir bei der bisherigen Bewältigung der Corona-Krise gemacht haben. Vor allem die dauerhafte Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den systemrelevanten Berufen, die Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit und der Aufbau einer nationalen Reserve an Schutzausrüstung stehen dabei im Vordergrund.

Jetzt richten wir mit dem Konjunkturprogramm den Blick nach vorn und arbeiten daran, dass Arbeitsplätze dauerhaft erhalten bleiben und unsere Wirtschaft wieder schnell auf die Beine kommt: Mit der Mehrwertsteuersenkung stärken wir die Nachfrage und entlasten insbesondere Familien und Empfängerinnen und Empfänger von geringen Einkommen. Wir schaffen die Arbeitsplätze von morgen durch Investitionen in Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Und wir verbessern die Zukunftschancen von Kindern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch zusätzliche Investitionen in Kitas und Ganztagsbetreuung in Höhe von drei Milliarden Euro.

Auf den Sozialstaat kommt es an – gerade jetzt

Die Transformation der Arbeitswelt und die Folgen der Corona-Pandemie haben gezeigt: Der Sozialstaat ist da, wenn man ihn braucht. Er ist die zentrale Instanz, die die Gesellschaft aber auch unsere Wirtschaft zusammenhält.

Jetzt kommt es darauf an, die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise zu ziehen und die Weichen für eine erfolgreiche Transformation der Arbeitswelt und der Wirtschaft zu stellen. Es geht um eine Richtungsentscheidung: Setzen wir weiterhin auf Solidarität, die Stärke der Gemeinschaft und einen handlungsfähigen Sozialstaat? Entwickeln wir unseren Sozialstaat auf der Basis der aktuellen Erfahrungen gezielt weiter und stärken ihn? Oder fallen wir zurück in eine Politik des „schlanken“ aber in Wahrheit schwachen Staates?

Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate ignorierend, werden immer wieder Stimmen laut, die den Rotstift an den Sozialstaat und damit den Zusammenhalt ansetzen wollen: Die Forderungen nach einer Kürzung des Mindestlohns, die Diffamierung des Sozialstaats als Kostentreiber und Wachstumshindernis und die massiven Widerstände bei der Grundrente zeigen, dass trotz völlig veränderter Rahmenbedingungen bei vielen kein Umdenken stattgefunden hat. Dieser Weg zurück ist nicht nur für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land brandgefährlich, er ist auch ökonomisch unsinnig.

Für die Sozialdemokratie ist klar: Investitionen in den Sozialstaat sind Investitionen in die Zukunft. Wie entscheidend sie sind, haben die letzten Wochen gezeigt. Es waren diese Investitionen, die dafür gesorgt haben, dass Deutschland die Krise bislang so gut gemeistert hat.

Die Lehre aus der Krise und die Konsequenz für die Transformation der Arbeitswelt kann daher nur lauten: Der Sozialstaat und eine starke Sozialpartnerschaft sind wichtiger denn je. Auf ihn kommt es in Zeiten der Transformation besonders an. Jetzt gilt es, das zu erhalten und zu stärken, was sich in der Krise bewährt hat und gleichzeitig den Sozialstaat fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft. Der neue Sozialstaat ist unsere Antwort auf den rasanten Wandel der Arbeitswelt.

DER NEUE SOZIALSTAAT: ZUPACKEND, UNBÜROKRATISCH, AUF AUGENHÖHE

Alle Menschen sollen sich darauf verlassen können, dass der Sozialstaat für sie da ist, wenn sie Hilfe und Unterstützung brauchen – und zwar einfach, verlässlich und respektvoll. Mit dem neuen Sozialstaat wollen wir Hilfe wie aus einer Hand bürgernah sicherstellen. Niemand soll mehr von einer Stelle zur anderen geschickt werden. Niemand soll sich von Behörden bevormundet, von oben herab behandelt oder im Stich gelassen fühlen. Niemand soll sich dafür schämen müssen, in einer schwierigen Lebenslage Leistungen des Sozialstaates in Anspruch zu nehmen. Soziale Leistungen sind keine Almosen, sondern soziale Rechte, die den Bürgerinnen und Bürgern zustehen. Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität – alle tragen dazu gemeinsam bei. Darum darf niemand als Bittsteller behandelt werden, sondern allen muss auf Augenhöhe begegnet werden. So sollen auch die sozialen Leistungen erbracht werden und ohne Hürden zugänglich sein - ein Sozialstaat als Partner. Seine Verpflichtung ist es, Lebensrisiken abzusichern und das Leben der Menschen leichter zu machen. Wir wollen den Sozialstaat aus der Perspektive derer denken, die ihn brauchen, und nicht von denen, die ihn missbrauchen.

Den Weg hin zu einem neuen Sozialstaat haben wir in dieser Legislaturperiode bereits eingeschlagen. Wir haben mit dem Starke-Familien-Gesetz Familien gestärkt, die nur wenig Geld haben. Das Digitale-Familienleistungsgesetz ist auf dem Weg. Das Kindergeld wurde erhöht. Wir haben Maßnahmen für mehr Personal in der Pflege auf den Weg gebracht, die Ausbildung in der Pflege reformiert und Angehörige Pflegebedürftiger entlastet. Wir haben mit dem Gute-KiTa-Gesetz den Ausbau und die Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung ein großes Stück vorangebracht und den Weg für die flächendeckende Gebührenfreiheit für Familien mit geringem Einkommen bereitet. Wir treiben den Ausbau der Ganztagsförderung von Kindern in den Schulen voran. Damit investieren wir in die Zukunft unserer Kinder und stärken präventiv den Sozialstaat. Wir setzen Impulse bei der Digitalisierung der Schulen, um Schülerinnen und Schüler auf die Digitalisierung in allen Lebensbereichen vorzubereiten. Wir haben das Rentenniveau stabilisiert, Erwerbsunfähigkeit besser abgesichert und Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner entlastet. Und wir haben die Grundrente beschlossen. Damit anerkennen wir die Lebensleistung vieler Menschen, die Jahrzehnte gearbeitet, aber nur geringe Löhne bekommen haben - und das sind überwiegend Frauen. Zugleich setzen wir unseren Anspruch an den neuen Sozialstaat konkret um: Die Grundrente wird automatisch ausgezahlt – einfach und unbürokratisch, ohne Anträge oder Bedürftigkeitsprüfung.

Anerkennung von Lebensleistung ist für uns auch Maßstab in der Arbeitslosenversicherung. Wer viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben und danach nicht sofort das Ersparte offenlegen müssen. Dafür machen wir uns stark. Die Grundsicherung (Arbeitslosengeld II) wollen wir durch ein neues Bürgergeld ersetzen, verbunden mit einem Anspruch auf Absicherung und Teilhabe. Dazu werden wir als ersten Schritt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umsetzen und Leistungskürzungen im ALG-II-Bezug von mehr als 30 Prozent ausschließen. Auch die strengeren Sanktionen für unter 25-Jährige wollen wir abschaffen.

Wir wollen die Eigenanteile in der Pflege begrenzen, so dass niemand von den Kosten der Pflege überfordert wird. Das wollen wir gerecht über eine solidarische

Pflegebürgerversicherung finanzieren. Alle Leistungen des Sozialstaats sollen wohnortnah und einfach zugänglich sein. Wir wollen Strukturen für Hilfen wie aus einer Hand flächendeckend schaffen.

RECHT AUF ARBEIT: ALLE WERDEN GEBRAUCHT

Alle Menschen sollen die Chance auf gute und sichere Arbeit haben, mit gerechten Löhnen, die ihnen und ihren Familien ein gutes Leben und eine verlässliche Altersvorsorge ermöglichen. Niemand, der jeden Tag viel leistet und hart arbeitet, soll bangen müssen, ob das Geld bis zum Ende des Monats reicht. Niemand soll die Sorge haben, nicht mithalten zu können, wenn sich die Arbeitswelt verändert. Und niemand soll Angst vor sozialem Abstieg haben müssen, wenn Arbeitslosigkeit droht oder eintritt.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Alle werden gebraucht, manche sogar mehr, als es sich in ihrem Einkommen niederschlägt. Viele, die den Laden in den vergangenen Wochen am Laufen gehalten haben, arbeiten in systemrelevanten Berufen. Das gilt vor allem für Frauen. Sie leisten harte Arbeit, aber oft nur für einen bescheidenen Lohn. Applaus alleine reicht nicht. Deshalb haben wir Coronaprämien bis zu einer Höhe von

1.500 Euro von Steuern und Sozialabgaben befreit, damit das Geld vollständig bei denen ankommt, die es verdient haben. Anerkennung muss es auch nach der Krise geben – und zwar Monat für Monat auf dem Gehaltszettel. Deshalb brauchen wir gute Arbeitsbedingungen und starke Tariflöhne. Unser Ziel ist es, die Arbeitswelt nach Corona besser zu machen.

Menschen wollen arbeiten und am Leben teilhaben. Wir stellen sicher, dass sie beides können. Unsere Antwort ist ein „Recht auf Arbeit“. Arbeit, die gut bezahlt ist. Arbeit, die zum Leben passt, die nicht krank macht, die Raum bietet – für Familie, Freunde, Freizeit. Und wenn sich Arbeit verändert, muss jeder und jede darauf vertrauen können: Mit dem Rechtsanspruch auf Weiterbildung ist der Wandel eine Chance und keine Bedrohung.

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich aber auch sicher sein, dass ihre Arbeit genauso viel wert ist, wie des Kollegen, der Kollegin. Deshalb machen wir uns weiterhin für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ stark. Typische Frauenberufe aufzuwerten kostet Geld. Insbesondere in der Pflege werden mehr Entgelt und bessere Arbeitsbedingungen zu höheren Beiträgen und / oder höheren Steuern führen. Diese Debatte wollen wir offensiv öffentlich führen. Nur klatschen reicht nicht. Wir stehen dafür, neue Erwerbsformen besser abzusichern, und die Chancen der Digitalisierung so zu nutzen, dass Beschäftigte mehr Freiräume für Familie und Privatleben bekommen und die Arbeit zum Leben passt.

Auch durch Digitalisierung und technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen. Jeder und jede soll wissen: Er oder sie wird gebraucht! Wir wollen Arbeitslosigkeit verhindern, bevor sie entsteht, und auch im Wandel für Schutz und Chancen sorgen. Jede und jeder Beschäftigte soll deshalb im Wandel die Unterstützung bekommen, die notwendig ist, um Arbeitsplätze zu sichern oder neue Perspektiven zu schaffen. Das gilt für Weiterbildung, ebenso wie für Gesundheit. Der Sozialstaat als Partner unterstützt, bevor Probleme auftreten. Tritt Arbeitslosigkeit dennoch ein, wollen wir schnelle, individuelle und passgenaue Unterstützung

sicherstellen. Auch dabei steht Weiterbildung im Vordergrund. Auch Menschen, die sehr lange draußen sind, wollen wir neue Perspektiven eröffnen – wo notwendig auf dem sozialen Arbeitsmarkt. Es ist besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.

Die Digitalisierung in der Berufswelt wirkt sich unterschiedlich auf Männer und Frauen aus. Wir möchten dafür sorgen, dass sich durch die Digitalisierung keine geschlechterdiskriminierenden Strukturen verfestigen. Sondern beide Geschlechter gleichermaßen profitieren.

Mit dem Arbeit-von-morgen-Gesetz und dem Qualifizierungschancengesetz haben wir in dieser Wahlperiode bereits wichtige Schritte unternommen, damit die Beschäftigten von heute auch die Arbeit von morgen machen können. Wer Weiterbildung braucht oder möchte, bekommt dabei Beratung und Unterstützung. Und wir haben den sozialen Arbeitsmarkt eingeführt, um Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven zu eröffnen, indem wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Wir haben die Voraussetzungen für bessere Löhne und für einen Branchentarif in der Pflege geschaffen. Bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte schließen auch eine bessere Bezahlung ein. Das ist aber nicht alles. Mehr Autonomie und Entscheidungsbefugnisse, verträgliche Arbeitszeitmodelle sowie eine bessere Personalausstattung, um Überlastungen der Beschäftigten vorzubeugen, sind ebenfalls notwendig. Wir haben Maßnahmen ergriffen für mehr Sicherheit bei Arbeit auf Abruf und für den besseren Schutz bei kurzer Beschäftigung beschlossen. Wir haben der Ausbeutung von Beschäftigten in der Paketbranche einen Riegel vorgeschoben und den Zoll in die Lage versetzt, wirksamer gegen Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen vorzugehen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine solidarische Arbeitsversicherung ein. Sie soll durch ein Recht auf geförderte Weiterbildung dafür sorgen, dass Arbeitslosigkeit möglichst gar nicht erst entsteht. Tritt Arbeitslosigkeit dennoch ein, soll es ein Arbeitslosengeld-Q für gezielte Weiterbildung geben, durch das sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld I entsprechend verlängert.

Die Einführung des Mindestlohns war ein Meilenstein. Er muss aber weiter steigen. Das Mindestlohngesetz werden wir noch in diesem Jahr evaluieren. Unser Ziel ist die perspektivische Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro. Dafür will Arbeitsminister Hubertus Heil das Gesetz weiterentwickeln und eine zweite Leitplanke für die Entscheidungen der Kommission einziehen: Der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch ein angemessenes Lohnniveau sollte im Gesetz deutlicher verankert werden.

Und nicht zuletzt verlangen die räumliche und zeitliche Entgrenzung von Arbeit sowie Phänomene wie Crowdfunding und Clickworking nach Anpassungen im Betriebsverfassungsgesetz. Wir brauchen verbindliche Mindeststandards für neue Formen der Arbeit und müssen dafür sorgen, dass Beschäftigung nicht an der bewährten Mitbestimmung vorbei organisiert wird. Daher müssen wir Möglichkeiten finden, den gesetzlichen Betriebsbegriff zu erweitern und den Belegschaftsbegriff anzupassen. Schutz müssen alle finden, die im Rahmen von Verträgen von nur einem Arbeitgeber oder Auftraggeber abhängig sind. Wir müssen die Mitbestimmung als das demokratische Prinzip und stabile Rückgrat der deutschen Wirtschaft stärken und die Unterdrückung von Mitbestimmung härter bestrafen. Wir wollen mehr Sicherheit für Beschäftigte, deshalb bleibt es unser Ziel Befristungen zurück zu drängen und sachgrundlose Befristungen abzuschaffen. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag dazu wollen wir umsetzen.

SELBSTBEWUSST UND STARK IN DIE ZUKUNFT GEHEN – EIN LAND FÜR KINDER UND FAMILIEN

Alle Kinder sollen eine unbeschwerte Kindheit und die besten Chancen für ihre Zukunft haben. Den meisten Kindern in Deutschland geht es gut. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass jedes fünfte Kind von Armut betroffen ist. Das nehmen wir nicht hin. In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen. Und Kinder dürfen für ihre Eltern kein Armutsrisiko sein. Wir wollen, dass alle Kinder gesund aufwachsen, gleiche Chancen auf beste Bildung und Teilhabe haben und sich in ihrer Persönlichkeit bestmöglich entwickeln können. Deutschland soll das kinderfreundlichste Land Europas sein.

Das geht nur mit einer Gesellschaft, in der Kinder willkommen sind und mit starken Familien. Wir wollen Familien darin unterstützen, ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Dafür brauchen sie vor allem Zeit, finanzielle Stabilität und eine gute Betreuungsinfrastruktur. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie sind Familien besonderen Belastungen ausgesetzt. Die letzten Monate haben auch hier den Handlungsbedarf deutlich aufgezeigt. Vor allem für Frauen. Denn sie haben überwiegend ihre Arbeitszeit reduziert, um die familiäre Sorgearbeit zu leisten.

Wir haben uns in dieser Wahlperiode weiter auf den Weg gemacht: Wir haben das Kindergeld erhöht, mit dem Starke-Familien-Gesetz den Kinderzuschlag für Familien mit niedrigem Einkommen angehoben und ausgeweitet sowie die Leistungen für Bildung und Teilhabe von Kindern aus bedürftigen Familien verbessert. Außerdem haben wir Milliarden für gute Kitas, moderne Schulen und sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Mit der Brückenteilzeit haben wir einen wichtigen Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemacht. Und angesichts der Corona-Pandemie werden wir gesetzlich regeln, dass das Kinderkrankengeld im Jahr 2020 für jeweils fünf weitere Tage (für Alleinerziehende weitere 10 Tage) gewährt wird, da der bestehende Anspruch auf Kinderkrankengeld, den gesetzlich Krankenversicherte haben, in manchen Fällen nicht ausreicht.

Als nächstes wollen wir Kinderrechte im Grundgesetz verankern und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern einführen. Darüber hinaus machen wir uns für eine eigenständige und unbürokratische Kindergrundsicherung stark. Die Sozialdemokratische Kindergrundsicherung besteht aus zwei tragenden Säulen: Aus einer existenzsichernden Geldleistung, die bisherige Familienleistungen zusammenführt und einer Infrastruktur, die Bildung und Teilhabe ermöglicht. Mit der Kindergrundsicherung hat jedes Kind die Chance, aus seinem Leben etwas zu machen – nach seinen Wünschen, Fähigkeiten und Zielen.

Mit unserem Konzept der Familienarbeitszeit wollen wir dafür sorgen, dass Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen sind. Wir wollen Familien gezielt unterstützen, wenn sie Zeit brauchen. Das betrifft besonders die Eltern jüngerer Kinder, die sich die Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich aufteilen wollen und die Familienmitglieder, die sich um einen pflegebedürftigen Angehörigen kümmern und dafür Beruf und Pflege verbinden wollen.

Arbeit muss zum Leben passen, das gilt ganz besonders für Familien. Mehr Flexibilität für Familie, Fürsorge, Pflege, Weiterbildung oder einfach mehr Souveränität über die eigene Zeit, diesem Wunsch wollen wir Stück für Stück umsetzen: Nicht nur mit der Familienarbeitszeit

sondern auch mit einem Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten und Homeoffice und dem persönlichen Zeitkonto.

Weitere wirksame Hebel, um den Zeitstress zu reduzieren und mehr Flexibilität zu ermöglichen, sind der Ausbau, Erhalt und Stärkung sozialer Dienstleistungsinfrastrukturen, insbesondere im ländlichen Raum, in Kombination mit einer Bezuschussung professioneller Dienstleistungen und Alltagshilfen für Privathaushalte, die im Koalitionsvertrag bereits vereinbart sind.

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE IM GESUNDHEITSWESEN: EINE GEMEINSCHAFTLICHE AUFGABE

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist mit seinem breiten Aufgabenspektrum eine tragende Säule des modernen Sozialstaates und ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Corona-Krise hat für jeden sichtbar gemacht, wie wichtig der Öffentliche Gesundheitsdienst mit seinen hoheitlichen Schutz- und Überwachungsaufgaben im Infektionsschutz ist. Deutlich wurde aber auch, dass bei zahlreichen Öffentlichen Gesundheitsämtern Nachholbedarf bei der personellen und sachlichen Ausstattung besteht, der nur kurzfristig über Hilfen des Bundes ausgeglichen werden kann. Mit seinen vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten und als wichtiger Akteur in zahlreichen Kooperationsstrukturen auf unterschiedlichen Ebenen hat der Öffentliche Gesundheitsdienst eine ganz entscheidende Funktion für Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Chancengleichheit vor Ort, die künftig auch dauerhaft gesichert werden muss.

Wir wollen einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst. Um das zu erreichen, darf der Bund die Länder in ihrer Verantwortung nicht alleine lassen. Deshalb haben wir uns auf den „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ verständigt, mit dem es möglich wird, dass der Bund den Ländern in den kommenden fünf Jahren finanzielle Mittel für zusätzliche Personalstellen bereitstellt. Auch bei der Software-Ausstattung wird der Bund den Ländern finanziell unter die Arme greifen. Für die Stärkung des ÖGD sind insgesamt 4 Milliarden Euro vorgesehen.

Gerade zu Beginn der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig ein professionelles Zusammenspiel von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und Krankenhäusern für eine gute medizinische Versorgung ist. Die Krankenhäuser haben schnell und zuverlässig zusätzliche Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeiten geschaffen. Wir haben einen Schutzschirm für unsere gesundheitliche Infrastruktur gespannt und Krankenhäusern, Ärzten, Rehakliniken, Pflegeeinrichtungen, Therapeuten und vielen anderen, die wir auch nach Corona dringend benötigen werden, durch die Krise geholfen. Zudem wird ein „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ gestartet, das die Kliniken bei notwendigen Investitionen unterstützen soll. Es geht hierbei um moderne Notfallkapazitäten, aber auch um eine digitale Infrastruktur, die die Versorgung der Patient*innen verbessern soll. Hierfür sind insgesamt 3 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt vorgesehen. Länder und Krankenhausträger sollen weitere 1,3 Milliarden Euro ergänzend aufbringen.